

THURGAUER FREISINN

Anpacken, umsetzen!



Versorgungssicherheit ist nur mit einem Mix aus verschiedenen Energiequellen möglich.

Geschätzte Freisinnige

Die Schweizer Energiepolitik steht an einem Wendepunkt. Grosse Herausforderungen aufgrund politischer Entscheide und Entwicklungen im In- und Ausland gilt es, möglichst rasch zu meistern. Zur Lösung dieser Problemstellungen braucht es in erster Linie keine Panik oder zusätzliche Polemik, sondern Pragmatismus und vorausschauendes Handeln. Einen noch grösseren Beitrag zur Versorgungssicherheit als bisher könnte unter anderem die Wasserkraft leisten, würden bestehende Neubau- und Ausbauprojekte nicht von links-grün

blockiert werden. Die FDP Thurgau versucht gemeinsam mit der FDP Schweiz und verschiedenen FDP-Kantonalparteien, den blockierten Ausbau unserer Wasserkraft über eine Petition zu lösen. Ergänzend dazu stehen wir auch noch vor einer anderen grossen Herausforderung – den explodierenden Energiekosten. Bereits dieses Jahr werden Wirtschaft und Gesellschaft mit massiv höheren Energiekosten konfrontiert sein. Die publizierten Energietarife für 2023 sind nochmals um ein Vielfaches höher. Je nach Beschaffungsstrategie der 96 verschiedenen Versorgungsunternehmen in unserem Kanton spricht man zum Teil von einer

Verzehnfachung, was manche Energieversorgungsunternehmen (EVU) vor existenzbedrohende finanzielle Schwierigkeiten stellt. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Komplexität im Energiebereich, der hohen Ziele der schweizerischen Energiestrategie sowie den grossen Herausforderungen in der Finanzierung der Stromnetze und der Energiebeschaffung frage ich Sie; sind die Strukturen mit den vielen Kleinversorgungsunternehmen in unserem Kanton noch zeitgemäss oder ist das Risiko nicht doch zu hoch?

Gabriel Macedo, Parteipräsident

Inhalt

- 3–11 Thurgauer Freisinn
- 12 Interview mit Lukas Müller-Brunner vom Arbeitgeberverband
- 13 Regine Sauter setzt sich für die AHV 21 ein
- 14 FDP-Forderungen zur Sicherheitspolitik
- 15 FDP-Forderungen zur Migrationspolitik
- 17 Damian Meier will in den Schwyzer Regierungsrat
- 18 FDP Zug ist bereit für die kantonalen Wahlen
- 19 Ja zur Reform der Verrechnungssteuer
- 20 Nein zur Massentierhaltungsinitiative
- 22 FDP Urban erarbeitet Resolution zur Wohnungspolitik
- 23 Vermischtes



Gemeinsam die AHV sichern

Wegweisende Abstimmung für die Schweiz

Liebe Freisinnige

Die Schweiz sieht sich zurzeit mit bedeutenden Herausforderungen konfrontiert, die vorausschauende Antworten und mehrheitsfähige, zum Teil rasche Lösungen erfordern. Unser Wohlstand ist alles andere als selbstverständlich und nicht zuletzt jenen zu verdanken, die unser Land auf einem starken liberalen Fundament erbauten. Die bürgerliche Politik ist die Garantin für Lösungen, welche unsere Wirtschaft sowohl bei innerschweizerischen Reformen wie auch im internationalen Wettbewerb erfolgreich erhalten. Nur der Schulterchluss der bürgerlichen Parteien macht diese Reformfähigkeit möglich. Die bevorstehenden Abstimmungen führen vor Augen, wie wichtig diese Zusammenarbeit ist. Denn bei allen drei Vorlagen ruft links-grün nach mehr Umverteilung, mehr Nivellierung und mehr Staat.

Gemeinsam anpacken und die Zukunft der AHV sichern

Seit 1948 haben alle Menschen in diesem Land Anspruch auf eine Altersrente. Aber die AHV, unser wichtigstes Sozialwerk, ist aus der Balance. Ohne Massnahmen wird die AHV bereits im Jahr 2025 mehr Geld ausgeben als einnehmen. Die AHV-Reform beinhaltet die Anpassung des Frauenrentenalters an dasjenige der Männer – was bereits zum Zeitpunkt der Einführung der AHV mit 65/65 der Fall war. Diese Gleichstellung wird mit zahlreichen Massnahmen abgedeckt. Die AHV 21 bringt aber auch Modernisierungen wie die Flexibilisierung des Rentenalters. Mit einer minimalen Erhöhung der Mehrwertsteuer leisten zudem alle Generationen einen Beitrag zur Sicherung der Altersvorsorge. Die Reform tritt nur dann in Kraft, wenn beide Teile angenommen werden.

Wirtschaftsstandort Schweiz stärken

Unternehmen, der Bund, die Kantone oder die Gemeinden können durch die Ausgabe von Anleihen eine direkte Finanzierung von Investoren erhalten. Die Anleihezinsen unterliegen derzeit einer hohen Verrechnungssteuer von 35 Prozent. Somit erhält der Investor nur 65 Prozent der Zinserträge, die restlichen 35 Prozent müssen bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung zurückgefordert werden. Dieser finanzielle und bürokratische Mehraufwand macht Investitionen in Schweizer Unternehmen vor allem für ausländische Investoren unattraktiv, da sie nicht 100 Prozent ihrer Erträge erhalten. Dies führt zu Ausweichmanövern und verpassten Chancen für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Die Verrechnungssteuerreform korrigiert dies und ermöglicht die Rückführung von Finanzierungsaktivitäten in die Schweiz.

Nein zur unnötigen Tierhaltungsinitiative

Mit der Initiative soll die Massentierhaltung als tierunwürdig definiert werden. Die Vorschriften für Unterbringung, Pflege usw. sollen massiv eingeschränkt, die Einfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen mit enormen administrativen Aufwänden beladen werden. Die Schweizer Gesetzgebung zum Schutz und zur Würde von Tieren ist bereits eine der strengsten der Welt. Unser Land bekennt sich somit bereits zu hohen Standards des Tierschutzes. Die Initiative ist unverhältnismässig und hätte weit reichende Folgen für die Schweizer Landwirtschaft.

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

2x JA für die AHV 21

– ausgewogen und solidarisch

Die Reform AHV 21 ist dringend nötig, denn der Anteil der pensionierten Bevölkerung vergrössert sich deutlich und gleichzeitig geht die Anzahl der Erwerbstätigen zurück. Diese Schieflage und der seit mehr als 25 Jahren andauernde Reformstau müssen endlich beseitigt werden. «Die AHV 21 stellt sicher, dass keine einzige Monatsrente gekürzt wird. Die Anpassung des Frauenrentenalters an dasjenige der Männer wird mit zahlreichen Massnahmen abgefedert. Die Erhöhung geschieht schrittweise, und die ersten neun betroffenen Jahrgänge er-

halten grosszügige Zuschläge von bis zu 13 Prozent auf ihre Altersrenten. Das heute geltende, starre Rentenalter wird durch ein Referenzalter ersetzt mit einem flexibleren Übertritt zwischen 63 und 70 Jahren. Die finanzielle Massnahme – die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozent – trägt die ganze Bevölkerung inklusive der heutigen Rentnerinnen und Rentner», erläuterte Kristiane Vietze an der kantonalen Mitgliederversammlung. Die anwesenden 66 Mitglieder sprachen sich deutlich für die Reform aus (64 JA zu 2 NEIN).



Kristiane Vietze

JA zum Verrechnungssteuergesetz

– erleichtert die Finanzierung der Schweizer Wirtschaft

Alt Nationalrat Hansjörg Brunner, Präsident des Thurgauer Gewerbeverbandes, erklärte zur Revision des Verrechnungssteuergesetzes: «Wenn ein Unternehmen Geld benötigt, gibt es zwei Möglichkeiten: die Finanzierung über Eigenkapital oder über Anleihen. Durch die Ausgabe von Anleihen erhalten Unternehmen – aber auch Bund, Kantone, Gemeinden sowie Spitäler oder Universitäten – von Investoren eine direkte Finanzierung ihrer Anschaffungen. Bei einer Anleihe zahlen die Unternehmen Zinsen an die Investo-

ren. Diese Anleihezinsen unterliegen einer sehr hohen Verrechnungssteuer von 35 Prozent. Schweizer Investoren können durch ein Formular und bürokratischen Aufwand die Verrechnungssteuer bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung wieder zurückfordern. Dieser bürokratische Mehraufwand macht Investitionen in Schweizer Unternehmen vor allem für ausländische Investoren unattraktiv.» Die Mitglieder sprachen sich mit 65:1 Stimmen für die von Bundesrat und Parlament beschlossene Gesetzesanpassung aus.



Hansjörg Brunner

Ein klares Nein zur Massentierhaltungsinitiative

– keine Verlagerung zu Importprodukten

Die Massentierhaltungsinitiative will allen die Einhaltung der Bio-Suisse-Richtlinien in der Tierhaltung vorschreiben. Kantonsrätin Michèle Strähl betonte bei der Vorstellung der Vorlage, dass das Schweizer Tierschutzgesetz bereits heute eines der strengsten der Welt sei. «Auch das Angebot von Bio-Produkten besteht bereits.» Mit der Annahme der Initiative hätten Konsumenten keine Wahlfreiheit mehr und Konsumentenpreise

würden steigen, argumentierte Michèle Strähl. Dass der geforderte Standard – wie dies die Initiative vorsieht – auch von sämtlichen Importprodukten, welche tierische Erzeugnisse enthalten, eingehalten werden kann, ist utopisch. Die Vorlage ist nicht umsetzbar. Die Nein-Parole fiel mit nur einer Gegenstimme und einer Enthaltung mit 64 Nein-Stimmen deutlich aus.



Michèle Strähl

Energiewende, Stromknappheit, Versorgungssicherheit

Gemeinsam Weiterkommen

Die Herkulesaufgabe erfolgreich zu meistern gelingt, wenn Bevölkerung, Wirtschaft, Wissenschaft und öffentliche Hand lösungsorientiert zusammenspannen und offen für neue Technologien sind. Regierungsrat Walter Schönholzer, EKT-Verwaltungsratspräsident Peter Schütz und der Frauenfelder Stadtrat Fabrizio Hugentobler haben nicht nur ihre blaue Parteifarbe gemeinsam. Sie tragen in der aktuellen Thematik grosse Verantwortung.



Walter Schönholzer,
Regierungsrat

Unsere Energiepolitik steht vor einem Wendepunkt. Gefragt ist weniger Polemik, mehr Strom. Wie geht der Kanton Thurgau diese Thematik an? Wer «wendet», fährt wieder zurück. Ich spreche deshalb anstatt von «Energiewende» lieber von «Energiestrategie», die eine Weiterführung des eingeschlagenen Wegs bedeutet. Es geht um die Nutzung der Effizienzpotenziale, Energiesparmassnahmen, den Ausbau der Stromerzeugung aus einheimischen erneuerbaren Energien und die Reduktion der fossilen Brenn- und Treibstoffe. Letzteres geht einher mit einer stärkeren Elektrifizierung im Bereich Raumwärme und Mobilität. Wir brauchen rasch deutlich mehr Stromerzeugung im Inland. Das führen uns die Aussichten auf den kommenden Winter vor Augen. Wir müssen also nicht wenden, sondern beschleunigen. Der Kanton Thurgau beschleunigt dort, wo er kompetent und zuständig ist: Er passt das Förderprogramm Energie laufend an die energiepolitische Zielsetzung an. In Bezug auf den Ausbau der Solarenergie und die energetischen Anforderungen an Gebäude bereiten wir eine Anpassung der gesetzlichen Grundlagen vor, die noch vor der nächsten schweizweiten Anpassung greifen soll. Auch

unser Informations- und Beratungsangebot werden wir verstärken.

Der Thurgau zeichnete sich in der Förderung von E-Mobilität schweizweit als Leader aus. Sind wir auch mit dem angepassten Energieförderprogramm noch Vorreiter? In Bezug auf innovative Ansätze in der Förderung ist der Kanton Thurgau nach wie vor ein Vorreiter. So fokussieren wir nun die Ladeinfrastruktur, und zwar dort, wo es aufwendiger ist, also in Tiefgaragen von Mehrfamilienhäusern, bei Industrie-, Gewerbe- und Bürogebäuden. Oder wir schliessen Lücken des Bundes bei grossen Solarstromanlagen ohne Eigenverbrauch. Das Thurgauer Förderprogramm geniesst seit Jahren grosse politische Akzeptanz. Dafür sind wir dankbar. Es nimmt uns gleichzeitig in die Pflicht, umsichtig mit den Finanzen umzugehen und den Fokus klar auf die Wirkung zu legen.

Der Bodensee bietet viel Potenzial zur Nutzung der Seethermie. Sie könnte mehr als 10% der bisher durch Öl oder Gas gewonnenen Energie ersetzen. Wie realistisch ist das? In welchem Zeithorizont? Der Kanton Thurgau hat im Rahmen einer Machbarkeitsstudie zur thermischen See- und Rheinwassernutzung eine gute Grundlage für Gemeinden und Investoren geschaffen. Einzelne Projekte, wie z. B. in Egnach oder Horn, sind in der Planung schon weit fortgeschritten. In Horn soll die Umsetzung des Wärmenetzprojektes bereits 2023 erfolgen. Solche Projekte sind

komplex, benötigen eine umfassende Planung und dauern daher ca. 5–10 Jahre bis zur Inbetriebnahme. Das Ziel, 10% der fossilen Energieträger mit thermischer Seewassernutzung zu ersetzen, erachte ich innerhalb des erwähnten Zeitraums als realistisch.

Wo liegen die grössten Stolpersteine bei den Themen Wind- und Wasserkraft? Bei der Windenergie und auch bei der Wasserkraft dauern Planungs- und Bewilligungsverfahren viel zu lang. Planungsauern von 10–20 Jahren sind leider die Regel und nicht die Ausnahme. Obwohl der Kanton Thurgau kein klassischer Wasserkraftkanton ist und sein diesbezügliches Potenzial weitgehend ausgeschöpft hat, sind wir zurzeit daran, eine Strategie für den Erhalt der heute vorhandenen Wasserkraft zu erarbeiten. Wir wollen für unsere kleinen Wasserkraftwerke trotz Auflagen, und obwohl Fördergelder als auch Konzessionen auslaufen, zumindest die heutige Menge an Strom aus Wasserkraft erhalten. Bei der Windenergie verfügt der Kanton Thurgau über ungleich grössere Potenziale. 10–15% des kantonalen Strombedarfs könnten über Windparks abgedeckt werden, die mehrheitlich dann produzieren, wenn der Bedarf am grössten ist – in den Wintermonaten. Die Windenergie ist für die Stromversorgungssicherheit sehr relevant. Ein Stolperstein sind Gegner, die mit wilden Behauptungen die Bevölkerung verunsichern. Für eine sachliche Information und den Bau von Windkraftanlagen im Thurgau setze ich mich persönlich stark ein.

In Sachen «Strom» sind die Kantone sehr aktiv, bei «Wärme» stehen die Gemeinden in der Verantwortung. Müssten die staatlichen Ebenen noch mehr zusammenarbeiten? Diese Zusammenarbeit ist bereits sehr gut. Die Energiepolitik ist eine Verbundaufgabe von Bund, Kantonen und Gemeinden. Die Gemeinden sind Eigentümerinnen der kommunalen Elektrizitätsversorger (EVU) und als solche aktiv in Sachen Strom und stehen in der aktuellen Situation vor grossen Herausforderungen. Die EVU können schnell und flexibel agieren, wenn es um innovative Lösungen oder spezifische Anreize geht. Beispiele sind Solarstromanlagen für Mieterinnen und Mieter, Mess- und Abrechnungsdienstleistungen für Eigenverbrauchsgemeinschaften oder interessante Rückspeisetarife für Solarstromproduzenten. Der Kanton unterstützt die EVU mit Grundlagenstudien und Informationen, insbesondere über den

Verband Thurgauischer Elektrizitätsversorgungen (VTE). Auch im Bereich Wärme wird eng zusammengearbeitet. So sind die Gemeinden zu einem grossen Teil für den Vollzug der energetischen Anforderungen an Gebäuden verantwortlich. Das Förderprogramm Energie ist Sache des Kantons, ergänzend führen zahlreiche Gemeinden eigene Förderprogramme, die sie an das kantonale Programm anknüpfen.

Du bist unser Energieminister und Volkswirtschaftsdirektor und trägst damit für fast 19 000 Betriebe im Thurgau ein Stück Verantwortung. Wie sollen sich diese auf das Worst-Case-Szenario im Winter vorbereiten? Die Thurgauer Unternehmer und Betriebe wissen, was sie zu tun haben, und brauchen dazu keine Ratschläge des Staates, ob und wo noch Spar- und Effizienzpotenziale sind. Wer sich dazu noch keine Gedanken gemacht hat, dem empfehle ich, das Unternehmen einer Energieanalyse durch externe Fachleute zu unterziehen. Spezifisch ausgerichtet auf das Thema Strommangellage ist das Produkt «Betriebliches Kontinuitätsmanagement», das der Kanton in Zusammenarbeit mit dem Kompetenz-Zentrum Erneuerbare Energie-Systeme Thurgau (KEEST) anbietet. Diese Dienstleistung, auch Energieanalysen und später die Umsetzung von Massnahmen, werden über das Förderprogramm Energie finanziell unterstützt. Kurzfristig, also im Hinblick auf den kommenden Winter, stellt sich die Frage: Worauf kann ich verzichten, was muss unbedingt und dauerhaft in Betrieb bleiben? Energiesparen ist rasch und oft mit wenig Verzicht machbar. Dies gilt besonders auch für die Privathaushalte – also für uns alle.

Walter Schönholzer (1965)

- Wohnhaft in Neukirch an der Thur
- Regierungsrat
- Vorsteher Departement für Inneres und Volkswirtschaft



Peter Schütz, Verwaltungsratspräsident EKT

Versorgungssicherheit: Für die Bevölkerung war das während Jahren eine Selbstverständlichkeit. Ist das Umdenken an der Basis schon angekommen? Bereits seit einigen Jahren warnt die Branche vor einer möglichen Strommangellage im Winter, da wir im Winter auf Importe angewie-

sen sind. Leider hat man diese Situation über lange Zeit nicht als Gefahr oder Bedrohung betrachtet und diesem Umstand der Abhängigkeit vom Ausland viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Nun ist die mögliche Strommangellage in aller Munde. Doch was das für unsere Gesellschaft und vor allem für die Wirtschaft bedeutet, ist vielen noch nicht wirklich bewusst.

Produktion und Verbrauch müssen immer im Gleichgewicht sein! Wie will die EKT das in der aktuellen Zeit schaffen? Die Produktion muss sich nach dem Verbrauch richten! Der Stromverbrauch ist zwar in den letzten Jahren pro Kopf effizienter geworden. Das Bevölkerungs- und das Wirtschaftswachstum kompensieren diesen Effekt aber. Durch die Digitalisierung und Dekarbonisierung, vor allem beim Verkehr und der Gebäudewärme, wird der Stromverbrauch in Zukunft voraussichtlich deutlich zunehmen. Die Bundesbehörden in der Schweiz rechnen mit rund +20% bis 2050, die Eurelectric in der gleichen Zeit mit einer Verdoppelung!

Jedes Energieversorgungsunternehmen und jeder Grossverbraucher in der Schweiz beschafft seinen Strom, wo er will. Dies wurde mit der Teil liberalisierung des Strommarktes von 2009 umgesetzt. Im Gegensatz zum Netzbetrieb hat die EKT bei der Energiebeschaffung weder eine Monopolfunktion noch einen Versorgungsauftrag. Die EKT gewährleistet den Verbrauchern den Zugang zu den Strommärkten. An diesen können sich die Verbraucher mit Verträgen bis zu drei Jahren absichern. Die EKT bietet ihren Kunden strukturierte Beschaffungsstrategien an, die helfen, extreme Preisausschläge zu dämpfen.

Integration in das europäische Stromnetz? Stromabkommen? Ausbau Solar-, Wind- und Wasserkraft? Gaskraftwerke, Verbesserung der Rahmenbedingungen und beschleunigte Bewilligungsverfahren? Welche Massnahmen in welcher Reihenfolge braucht es? Es braucht alles zusammen und zusätzlich eine Steigerung der Energieeffizienz. Und zwar rasch, d. h. innert der nächsten fünf Jahre.

Physisch ist das Schweizer Stromnetz integraler Bestandteil des europäischen Stromnetzes. Das Stromabkommen, das auf politischem Weg abgeschlossen werden muss und den handelsrechtlichen Zugang zum europäischen Stromhandel gewährleistet, ist seit Jahren Thema von Verhandlungen. Seit dem Abbruch der Verhandlungen über das Institutionelle Rahmenabkommen mit der EU ist ein Stromabkommen mit der EU in weite Ferne gerückt, da es in direkter Abhängigkeit zum Rahmenabkommen steht. Ohne Stromabkommen wird die Schweiz beim euro-

päischen Stromhandel ausgeschlossen und somit massiv benachteiligt. Nach der vollständigen Umsetzung des Stromabkommens per 2025 werden die Importkapazitäten in die Schweiz voraussichtlich deutlich reduziert (sog. «70-Prozent-Regel»).

Windenergie ist dringend notwendig, da sie im Gegensatz zur Photovoltaik (PV) ca. 60% im Winterhalbjahr produziert, auch dann, wenn die Sonne nicht scheint.

Gaskraftwerke und zugehörige Speicher sind sofort als Notmassnahmen für Spitzenlasten im Winterhalbjahr zu realisieren.

Der PV-Ausbau muss weiter forciert werden. PV ist am einfachsten auszubauen, löst aber die Energieprobleme im Winter nicht, da die Produktion mehrheitlich im Sommerhalbjahr anfällt. Für den Ersatz eines Megawatts (MW) eines AKW braucht es rund 8 MW PV, um die gleiche Energiemenge zu erzeugen.

Für die Umlagerung von elektrischer Energie vom Sommer in den Winter sind zusätzliche Speicherseen zu realisieren (diese werden wegen der abschmelzenden Gletscher zukünftig sowieso zur Regulierung des Wasserhaushalts benötigt werden).

Es gibt keine klare Reihenfolge, da für die Versorgungssicherheit alle Bereiche von grösster Bedeutung sind.

Auf wen kommt es nun am meisten an? Bund, Kantone oder die Energieversorgungsunternehmen? Versorgungssicherheit ist eine klare Verbundaufgabe, somit sind die erwähnten Stellen allesamt in der Pflicht. Es ist die Aufgabe des Bundes, die Rahmenbedingungen zu gestalten, d. h. Bewilligungsverfahren, Einsprachemöglichkeiten, Wasserzinsen, Sachpläne, Richtpläne, etc. Mit der Energiestrategie 2050 wurden Ziele definiert, aber die Rahmenbedingungen nicht verbessert. Seit der Inkraftsetzung des Stromversorgungsgesetzes 2009 ist die Produktion von Energie liberalisiert. Das heisst aber auch, dass in Produktionsanlagen nur investiert wird, wenn sich diese lohnen. Es genügt nicht, in einem Gesetz Ausbauziele zu formulieren. Auch die Rahmenbedingungen und Bewilligungsverfahren müssen darauf ausgerichtet sein.

Wie gross ist der Einfluss der EKT Holding AG auf die Entwicklung von neuen Technologien wie etwa auch von modernen Atomkraftwerken? Die EKT hat keinen Einfluss auf die Entwicklung von neuen Technologien. Wir sind anhand der Grösse und Struktur nicht in der Lage, Forschung und Entwicklung zu betreiben. Die EKT ist mit 12,25% an der Axpo beteiligt. Die Axpo investiert massiv in den Ausbau von Produktionsanlagen. Aufgründ

der langwierigen Bewilligungsverfahren und der fehlenden Wirtschaftlichkeit tut sie dies – sehr erfolgreich – hauptsächlich im Ausland.

Du bist nicht nur Verwaltungsratspräsident der EKT Holding AG, sondern auch Unternehmer und Arbeitgeber von rund 120 Mitarbeitenden. Wie bereitest du dich in deinem Betrieb auf mögliche Stromengpässe vor? Ohne Strom können wir unseren Industriebetrieb nicht betreiben, und zwar gar nichts mehr! Wir prüfen den Zubau von grösseren PV-Anlagen und den Einbau von Notstromaggregaten. Dies geschieht aber nicht von heute auf morgen und sind somit längerfristige Projekte. Für den Fall einer Mangellage oder gar Abschaltung prüfen wir einen ausgedehnten Mehrschichtbetrieb und die Verschiebung von Tag- auf Nachtbetrieb. Ein absolutes Notfallszenario wäre die Verlagerung der Produktion ins Ausland.

Peter Schütz (1959)

- Wohnhaft in Wigoltingen
- CEO/Inhaber Letrona AG, 9504 Friltschen
- Verwaltungsratspräsident der EKT Holding AG
- Verschiedene VR-Mandate in Industrie- und Dienstleistungsunternehmen



Fabrizio Hugentobler,
Stadtrat Frauenfeld
(zuständig für Thurplus)

Alternative Energien fördern und den Energieverbrauch senken, lautet die Zielsetzung des Stadtrates Frauenfeld. Konkret: Was unternimmt die Stadt kurz- bis mittelfristig? Frauenfeld positioniert sich als Energiestadt Gold und fördert den nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen. In den letzten drei Jahren wurden für das Stadtgebiet verschiedene Konzepte und Strategien entwickelt, welche aufeinander abgestimmt sind und Basis für das künftige Wirken sind: ein Wärme- und Kältekonzept, eine PV-Strategie zur zusätzlichen Solarisierung durch Thurplus sowie eine Gasnetzstrategie mit Aussagen zur Zukunft des Netzes und der Gasversorgung. Anschlüsse an bestehende Fernwärmenetze wurden erhöht und zwei neue Fernwärmeprojekte «West» und «Altstadt» über 40 Mio. Franken erarbeitet. Das Fernwärmegebiet West basiert auf der Zusammenarbeit mit der neuen Bioenergie Frauenfeld, deren Abwärme die Stadt in Zukunft verteilen möchte. Der beantragte

Ausbau von Fernwärme ist ein deutliches Bekenntnis zur neuen Energie- und Klimapolitik.

Zwei wichtige Schritte hat die Stadt mit der Einführung des Energiefonds und mit der Integration der Wärme Frauenfeld AG in die Stadt schon gemacht. Wie wichtig waren diese im Hinblick auf die künftige Ausrichtung? Der Energiefonds der Stadt wird jährlich mit 1 Mio. Franken an Gebühren und Steuergeldern gespiesen. Diese Gelder unterstützten (ergänzend zu den Fördergeldern des Kantons) stadt-eigene Projekte und private Bauherrschaften bei der Ausführung mit erneuerbaren Energien oder bei innovativen Energieprojekten. Aktuell werden die Bestimmungen des Fonds den heutigen Anforderungen angepasst.

Die Übernahme und Integration der Wärme Frauenfeld West (die Stadt besass bereits 25% Anteil am Fernwärmenetz) war bei der Stadt eine Art Startschuss für den Ausbau des neuen Geschäftsfeldes Wärme. Dies war für Thurplus insofern wichtig, weil das kleine, bestehende Fernwärmenetz als Türöffner und Gesellenstück beim Aufbau von Kompetenz und Ressourcen diente. Das bestehende Fernwärmenetz wurde modernisiert und wird künftig nicht mehr von der Zuckerrübe, sondern von der Bioenergie Frauenfeld gespiesen. Zudem hat die Stadt mit der Übernahme auch ein Signal gesendet, das künftig in den Strassen von Frauenfeld Thurplus die Wärme verteilt.

Am 25. September 2022 wird in Frauenfeld gleich über zwei grosse Fernwärmeprojekte abgestimmt! 30,1 Mio. für die Fernwärme West und 9,9 Mio. für die Altstadt-Fernwärme. Wie realistisch sind die Chancen, dass Frauenfeld den ersten, grossen Schritt in der Wärmewende macht?

Die Energiewende wird nur mit einem bunten Strauss an verschiedenen Systemen gelingen. Ich bin ein Verfechter der Diversität, damit wir unsere Ziele bis 2050 erreichen. Fernwärme ist ein Beitrag, um die hohe Dichte an Gasheizungen zu reduzieren. Dies speziell in den beiden neuen Gebieten, welche einen hohen Wärmebedarf aufweisen. Zudem sind die beiden neuen Projekte einmalige Chancen, die es jetzt zu packen gilt, um unter anderem die Wärmewende herbeiführen. Wenn unser Volk die Zeichen erkannt hat, die Ziele ernst nimmt und unabhängiger vom Ausland werden möchte, sind wir zuversichtlich, in den kommenden Jahren die beiden Gebiete mit Fernwärme auszubauen zu können.

Freiwilligkeit oder Zwang? Wie hoch soll die Anschlussdichte bei diesen beiden Projekten sein? Ist sichergestellt, dass die Umsetzung der Fernwärmeprojekte nicht zum Bürokratiemonster wird? Es wird in den Fernwärmegebieten keinen

Anschlusszwang geben. Wir planen in den beiden Gebieten eine Anschlussdichte von 60%. Mit dem Energieträger Fernwärme stehen wir im Wettbewerb und werden unsere Energie zu markt- und wettbewerbskonformen Preisen verkaufen. Dies ermöglicht den LiegenschaftsbesitzerInnen, zwischen verschiedenen Energiesystemen zu wählen; so kann ein Einfamilienhaus auch mit einer Wärmepumpe beheizt werden. Die Befürchtung, es könnte unnötige Bürokratie entstehen, ist unbegründet. Es verhält sich ähnlich wie beim Gas: Für den Kunden bieten wir «unkomplizierte und sorglose» Wärme.

Heute ist Frauenfeld zu 90% von Gas abhängig. Wäre unsere Kantonshauptstadt nach einer Zustimmung am 25. September schon fit für die Zukunft? Wird sie von der Gasstadt zur Fernwärmecity? 57% des Wärmebedarfs in Frauenfeld wird von Industrie und Gewerbe für Prozesse, rund 40% zum Beheizen von Wohn- und Gewerbebauten (davon 9% Einfamilienhäuser) benötigt. Dementsprechend ist auch unsere Gasnetzstrategie auf Prozessgaskunden ausgelegt. Für Wärmekunden sehen wir vor, Gas bis 2040 zu garantieren.

Es wird noch Jahre dauern, bis wir von der «Gas-» zur «Fernwärmecity» mutieren, auch wenn wir die beiden grossen Fernwärmeprojekte realisieren können. Der Umstieg von Erdgas und Heizöl auf die umweltfreundliche Fernwärme ersetzt im städtischen Wärmemarkt mehr als 20% der bisherigen fossilen Energieträger und macht uns unabhängiger.

Angenommen, du könntest genau jetzt ein neues Haus für dich in Frauenfeld planen: Wie würde dieses energietechnisch aussehen?

Erneuerbar und möglichst unabhängig. Spontan in Richtung Passivhaus, welches auch den architektonischen Ansprüchen genügt. Und aktuell würde ich mir den Einbau eines Hallenbades überlegen.

Fabrizio Hugentobler (1972)

- Wohnhaft in Frauenfeld
- Stadtrat Frauenfeld
- Vorsteher Departement Thurplus, Freizeit und Sport
- Stiftungsrat Zürich Vitaparcours

FDP lanciert Petition: «Mehr Schweizer Wasserkraft für die Versorgungssicherheit im Winter!»

Mehr Infos finden Sie auf Seite 11.



Einmalige Chance

für starken Thurgauer Entwicklungsschub

Die Thurgauer Bevölkerung kann 127,2 Mio. Franken in die Zukunft investieren, und das, ohne dass dafür Steuergelder verwendet werden müssen. Ein Glücksfall. Für die Verwendung des Erlöses aus dem Verkauf der TKB-Partizipationsscheine schlägt die grossrätliche Spezialkommission einstimmig einen Projektkorb mit 7 Gross- und 13 Kleinprojekten vor. Kommissionspräsident Daniel Eugster erhofft sich, dass eine Bewegung für einen fortschrittlichen innovativen Thurgau ausgelöst wird und der Funke dieser einmaligen Chance auf die Bevölkerung überspringt. Das Vorgehen der Kommission erhielt im Kantonsrat grosse Zustimmung.

Bevor die Stimmberechtigten im kommenden Frühjahr als Ganzes über die Verwendung der im Jahr 2014 erzielten 127,2 Mio. Franken aus dem Verkauf der TKB-Partizipationsscheine befinden dürfen, gab es einiges zu tun. Bereits 2018 hatte der

Grosse Rat den Antrag «Bericht über strategische Investitionen der Partizipationserlöse» einstimmig erheblich erklärt. 2020 erarbeitete eine verwaltungsinterne Projektgruppe das Grundlagenpapier und ein Ideenwettbewerb wurde durchgeführt. Im

Viel Kreativität und innovative Projekte

Im Projektkorb sind 7 Grossprojekte und 13 Kleinprojekte enthalten. **Grossprojekte:** Thurgauer Energienutzung aus dem Untergrund; Thurgauer Kultur- und Erlebniszentrum; ökologischer Schaufelraddampfer auf Untersee und Rhein; Markt Thurgau Stadtkaserne; Digital & Innovation Campus Thurgau; Berufsbildungscampus Ostschweiz; Zukunft Kloster Fischingen. **Kleinprojekte:** Regionales Beachsport-Zentrum Nord-Ostschweiz; Stiftung Drachenburg und Waaghaus, Gottlieben; Self Controlled City Liner Arbon; Schlosskäserei Schloss Herdern; SoliThur; Schloss Luxburg; Pier, Romanshorn; multidimensionaler Vermittlungsteg beim Seemuseum; Thurgauer Turmweg; ICT Scouts & Campus Thurgau; Wasserschloss Hagenwil; Jeder Quadratmeter zählt – naturnahe Bewirtschaftung von öffentlichen Flächen; Elektrofähre Arbon-Langenargen.

Sommer 2021 wurde die grossrätliche Spezialkommission eingesetzt. Nach elf Sitzungen unter exzellenter Führung von Daniel Eugster ist die Kommissionsarbeit beendet und der Abschlussbericht verabschiedet. «Nach der Justierung, Aktualisierung und Gewichtung haben wir uns einstimmig auf einen sehr ausgewogenen Projektkorb mit 7 Gross- und 13 Kleinprojekten festgelegt. Investiert werden sollen 127,2 Mio. Franken. Das damit ausgelöste Investitionsvolumen wird aber um ein Mehrfaches grösser sein», freut sich Daniel Eugster und wünscht sich Demut für das einmalige Geschenk und eine Bewegung für einen fortschrittlichen und innovativen Thurgau.

Bürokratischen Irrsinn identifizieren

und unnötige Bürokratie ausschalten

Kantonsrätin Brigitte Kaufmann sind Überregulierung und unnötige Bürokratie schon lange ein Dorn im Auge. Mit ihrem Antrag «Prüfung einer Regulierungsbremse» hat sie den Stein ins Rollen gebracht.

Überregulierung und häufig unverständliche Bürokratie betreffen jede einzelne Person. In der Antwort auf den Vorstoss von Brigitte Kaufmann schlägt der Regierungsrat vor, in der kommenden Legislatur 2024–2028 eine einmalige Überprü-

fung des gesamten kantonalen Rechts vorzunehmen. Die FDP begrüsst dieses Vorgehen, möchte darüber hinaus aber eine pragmatische Lösung mit rascher Wirkung. Das Ziel der von der FDP lancierten Initiative «Limit – die Bürokratie-Bremse»



ist es, bürokratischen Irrsinn zu identifizieren, um in einem zweiten Schritt als Ergebnis unnötige Bürokratie zu reduzieren. Auf der Website der FDP Thurgau können einfach und pragmatisch Erlebnisse mit unnötiger Bürokratie in Stichworten eingegeben werden. Gibt es Möglichkeiten, die zu Verbesserungen führen, werden die betroffenen Stellen darauf hingewiesen oder auf dem politischen Weg angegangen.



Wir lösen schon, während andere noch poltern!

FDP-Persönlichkeiten im Lead

Innovation und Fortschritt: Die Zeit ist reif für neue Massstäbe. Innovationen entstehen im besten Fall aus betrieblichen Initiativen. Was bei grösseren Unternehmen selbstverständlich ist, stellt für kleinere und mittlere Unternehmen nicht selten eine Herkulesaufgabe dar. Eine zielgerichteten Anschubfinanzierung nach klaren Kriterien und mit schlankem und niederschwelligem Zugang ist der richtige Weg dazu. Die Motion «Einrichtung eines kantonalen Fonds für Innovation und Fortschritt» von FDP-Kantonsrätin Martina Pfiffner Müller ist vom Grossen Rat erheblich erklärt worden.

Rekordgewinn im Jubiläumjahr: Die während 14 Jahren von unserem FDP-Mitglied René Bock als Bankratspräsident geführte Thurgauer Kantonalbank ist eine Erfolgsgeschichte. Im 150. Geschäftsjahr resultierte ein Gewinn von 145,6 Mio. Franken. Kanton und Gemeinden profitieren im grossen Stil. Als Unterstützerin von kulturellen und gesellschaftlichen Anlässen trägt die Thurgauer Kantonalbank ebenfalls zum Wohlergehen der Thurgauer Bevölkerung bei. Regierungsrat Walter

Schönholzer, Parteipräsident Gabriel Macedo und GFK-Präsidentin Kristiane Vietze würdigten an der kantonalen Mitgliederversammlung die ausserordentlichen Verdienste des auf Ende Juni zurückgetretenen René Bock.

Historisches Präsidentschaftsjahr mit neuen Perspektiven: Das Jahr von Brigitte Kaufmann als höchste Thurgauerin hatte es in sich: Zukunftsgerichtet aufgrund der Weichenstellungen für einen moderneren Ratsbetrieb. Historisch aufgrund der Konstellation mit vier Frauen an der Spitze. Aussergewöhnlich aufgrund der Weltlage.

Neue Mitglieder in der Parteileitung: Rebecca D'Antuono aus Horn führt neu die Finanzen der FDP Thurgau und gehört der Parteileitung an. Nach dem Rücktritt von Ramon Weber ist Enrique Castelar alleiniger Präsident der Jungfreisinnigen Thurgau. In dieser Funktion nimmt er im Parteileitungsausschuss Einsitz.

**Anders Stokholm, Fraktionspräsident
Gabriel Macedo, Parteipräsident**

Vorstösse der letzten Monate:

Motion von **Gabriel Macedo** «Erhöhung der Plätze von Kleinstbetreuungs- und Pflegeangeboten»; Einfache Anfrage von **Bruno Lüscher** «Längeres Verbleiben in der Kantonalen Verwaltung über das Pensionierungsalter hinaus»; Antrag von **Cornelia Hasler-Roost** «Freiwilligenarbeit sichtbarer machen und fördern»; Antrag von **Cornelia Hasler-Roost** «Übersicht Subventions-Ausgaben Kanton Thurgau»; Einfache Anfrage von **Bruno Lüscher** «Ärztlicher Nach-

wuchsmangel: Was kann der Thurgau tun?»; Motion u. a. eingereicht von **Bruno Lüscher** «Änderung des Gesetzes über die Finanzierung von Pflegeverhältnissen vor und nach der Volljährigkeit analog der Alimenten-Bevorschussung»; Einfache Anfrage von **Kristiane Vietze** «Stellenentwicklung der Thurgauer Verwaltung seit 2018»; Interpellation u. a. eingereicht von **Bruno Lüscher** «Lehrermangel – was tun wir dagegen?»; Motion u. a. eingereicht von **Cornelia Zecchineli** «Stellvertretung im Grossen Rat»



Rebecca D'Antuono, Gabriel Macedo

«Sathure – Satirisches aus dem Grossen Rat»

Die PP-Connection

Presse und Politik spannen zusammen. Die PP-Connection ist eine Tatsache, die es nicht erst seit dem Geschrei von Verschwörungsterrorisierenden gibt. Denn was wäre ein Trump, ein Berlusconi, ein Putin, ein Orban und wie sie alle heissen, hätten sie ihre eigenen Medienkanäle nicht? Und was wäre eine Thurgauer Zeitung, ein «Tagi», eine NZZ, eine Wiler Nachrichten ohne Politisierende, die sich zur Sommerzeit in die nach dieser Jahreszeit benannten Löcher stürzen?

Die Thurgauer PP-Connection ist natürlich schon eine echte schweizerische Weiterentwicklung auf hohem Niveau im Verhältnis zu den Plattitüden der ausländischen Nachahmer (Nachahmerinnen fehlen weitgehend noch). Da werden keine Journalisierende gekauft, und umgekehrt geben sich diese durchaus zufrieden mit dem GAV-garantierten Lohn. Vielmehr ist eine Symbiose entstanden, in der jede vom anderen anderweitig profitiert. Die oder der Politisierende weiss, dass wenn sie respektive er gerade einen halbwegs interessanten Skandal gewittert hat, er/sie diesen ungefiltert beim Kaffee den Journalisierenden en passant erzählen kann. Und schon wird er/sie vom kontaktierten Medium grossflächig auf der Frontseite des zweiten Bundes in Szene gesetzt mit markigen Worten und schlechter Recherche. Beide profitieren – eine Sommerserie ist geboren, das Publikum harret der weiter aufgedeckten Skandale, welche die/den Politisierenden vom Informanten zum Experten zum Kämpfenden für Recht und Gerechtigkeit befördern. «So geht das», würde Malloney sagen.



Anders Stokholm

Nahe bei den Leuten

FDP unterwegs

Frühmorgens mit Weggli und guten Wünschen für den längsten Tag des Jahres unterwegs: Pendlerinnen und Pendler wurden von der FDP traditionsgemäss an verschiedenen Thurgauer Bahnhöfen von FDP-Mitgliedern überrascht. Die rund 2000 Weggli aus Thurgauer Bäckereien fanden reissenden Absatz und die guten Wünsche für einen angenehmen Sommer wurden von den Beschenkten meist mit einem Lächeln quittiert.



Die Ortspartei RegioSee verkaufte am Dorfmarkt Altnau ihren zuvor selbst hergestellten Käse. Dieser wurde von den degustierenden Marktbesuchern in höchsten Tönen gelobt. Der Erlös kommt dabei der Organisation Happy Day für Menschen mit Handicap (HDFMH) in Altnau zugute. Zum Sommerprogramm der engagierten Ortspartei gehörte auch ein Besuch der Baustelle «Krone».



Ob stockende Gaslieferungen oder steigende Ölpreise, durch die aktuelle geopolitische Lage muss alternative Wärmeenergie in den Fokus gerückt werden. Passend dazu lud die FDP Münchwilen zum Sommeranlass ein. Die Teilnehmenden konnten aus erster Hand erfahren, wie CO₂-neutrale Wärmeenergie mit Rohstoffen aus der Schweiz produziert wird und was die Vor- und Nachteile dieser Lösung sind.



Innovative, smarte Sensoren aus Frauenfeld – für vielseitige Anwendungen und individuellste Kundenwünsche – weltweit im Einsatz! Der diesjährige Fraktionsausflug führte in die Baumer Electric AG, wo eine interessante Betriebsführung inklusive Besuch der eigenen Lehrwerkstätte auf dem Programm stand.



Petition

«BTS umsetzen – jetzt!»

Die Bodensee-Thurtal-Strasse ist für den Thurgau von zentraler gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Bedeutung. Der Bundeskanzlei in Bern wurde unter Führung der FDP Thurgau die **Petition «BTS umsetzen – jetzt!»** mit 7108 Unterschriften übergeben.

Damit sendet der Thurgau ein weiteres klares Signal an Bundesrat und Parlament. Bereits vor 10 Jahren hat die Bevölkerung der Entlastungsstrasse mit deutlicher Mehrheit zugestimmt. Der am stärksten wachsende Kanton der Schweiz fordert eine gerechte Berücksichtigung. Der Thurgau in Prozenten zeigt es deutlich: Einwohner 3,3 Prozent, Fläche 2,4 Prozent, Bruttoinlandprodukt 2,4 Prozent, doch zum Ausbau der Bahn- und Strasseninfrastruktur flossen bisher Bundesgelder von gerade einmal 0,9 Prozent. Die Petition «BTS umsetzen – jetzt!» ist Anfang Februar von der FDP Thurgau lanciert worden. An der Petition beteiligt haben sich alle bürgerlichen Parteien und Thurgauer Wirtschaftsverbände. Nun liegt der Ball bei Bundesrat und Parlament!



Der Thurgau ist vorne

An der Wega in Weinfelden, vom 29. September bis 3. Oktober 2022, wollen wir mit der Thurgauer Bevölkerung spielerisch herausfinden, in welche Qualitäten wir im Thurgau investieren könnten.

An einem Messestand laden wir zum spielerischen Mitmachen ein. Für die fünf Messetage benötigen wir viele Parteimitglieder, die den Messestand betreuen und die Besucherinnen und Besucher zum Mitmachen einladen! Stelle dich bitte für diese Repräsentationsaufgabe für ein paar Stunden zur Verfügung und melde dich bei der Geschäftsstelle FDP Thurgau (Telefon 071 672 17 20 oder info@fdp-tg.ch).

Nominationsversammlungen

Motivierte Kandidatinnen und Kandidaten

Für den freiwerdenden Berufsrichtersitz am Bezirksgericht Arbon kandidiert der jetzige Gerichtsschreiber **Pascal Styger**. Der 31-jährige Rechtsanwalt, Mitglied der FDP Horn, kennt das Bezirksgericht Arbon und bringt einen bestens gepackten Rucksack mit.

Bei der Ersatzwahl in den Stadtrat von Romanshorn erzielte **Nadja Bolliger** ein sehr gutes Resultat. Die 24-jährige Finanzfachfrau tritt am 25. September 2022 zum zweiten Wahlgang an.

In Weinfelden möchte **Dominique Bornhauser** den Sprung in den Stadtrat schaffen. Die 30-jährige Berufsschullehrerin wird von der FDP im September offiziell als Kandidatin nominiert.



Pascal Styger

Unternehmerin **Nicole Egli-Soller** und der Betriebswirtschaftler **Samuel Svec** stellen sich zur Wahl in den Stadtrat von Amriswil. **Gabriel Macedo** (Stadtpräsident) ist hoch motiviert, seine Arbeit als Stadtpräsident weiterzuführen.

Für den Gemeinderat Egnach stellen sich **Andrea Roth** und **Reto Sproll** zur Verfügung. **Bettina Ostertag** kandidiert als Mitglied der Geschäftsprüfungs- und Rechnungskommission.

Die FDP Thurgau wünscht den Kandidierenden viel Erfolg!



Nadja Bolliger



Samuel Svec, Gabriel Macedo, Nicole Egli-Soller



Andrea Roth



Reto Sproll



Dominique Bornhauser



Bettina Ostertag

Bevorstehende Anlässe



Auf unserer Website finden Sie die aktuellsten Infos über die bevorstehenden Veranstaltungen. Schauen Sie vorbei! Wir freuen uns auf Sie!

Herbsttagung

Politik, Sport, Kultur

Die 69. Herbsttagung der FDP Thurgau findet am Samstag, 5. November 2022, im Presswerk Arbon statt. Genuss und Geselligkeit und das Podium «Politik, Sport, Kultur» mit Parteipräsident Thierry Burkart, Hürden-Europameister und Arzt Kariem Hussein und Clownin Michèle Mehli stehen im Fokus. Die Einladung wird rechtzeitig per E-Mail verschickt und auf www.fdp-tg.ch aufgeschaltet.

Klima

Zweites Klima- und Energie-Symposium

Lösungen zur brisanten Thematik stehen im Zentrum des Klima- und Energie-Symposium vom 23. und 24. September im Kornhaus in Romanshorn. In den Vortrags-Veranstaltungen referieren international renommierte Experten – allgemein verständlich mit interdisziplinärem und ideologieneutralem Ansatz gegen die Angst und für Vernunft und Sachlichkeit – globale Lösungen zu Klima, Energie, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft auf der Basis von Freiheit, Demokratie, Selbstbestimmung, Wettbewerb, Marktwirtschaft und sozialer Verantwortung. Ganz konkret referiert auch ein Vertreter der Economiesuisse zum Thema winterliche Strom- und Gasausfälle in der Schweiz.

Das komplette Programm ist aufgeschaltet: www.4pi-symposium.com Der von FDP-Persönlichkeiten organisierte Anlass ist öffentlich.

Drei Länder, eine Konferenz

Liberales Bodensee-Treffen

Die Liberale Bodensee-Konferenz, das jährliche Treffen der freiheitlichen Kräfte der drei umliegenden Länder, findet dieses Jahr am 16. und 17. September im Würth Haus in Rorschach statt. Am Freitag diskutieren Amtsträger und Behördenvertreter über die Zukunft der Zusammenarbeit der Schweiz mit der EU. Ein Themenkreis mit sehr spezifischen Auswirkungen auf die Bodensee-Region. Am Samstag veranstalten die Jugendorganisationen der drei Länder ein Podium mit anschliessenden Break-Outs. Besuchende können sich direkt in die Diskussion einbringen. Die Friedrich Naumann Stiftung als Veranstalter sorgt immer wieder dafür, die Resultate und Inputs aus der Konferenz in die Politik der drei Länder und die Diskussion der EU-Gremien einzubringen. Die Bodensee-Region, im Zentrum von Europa, erhält so eine Stimme und Gewicht in der politischen Diskussion. Der Anlass ist öffentlich. Auskunft und Anmeldung: harry.stehrenberger@gmx.ch

Wir gratulieren und danken

Andreas Wenger,

zum Wiedereintritt in den Kantonsrat.

René Walther,

zur Wahl als Stadtpräsident von Arbon.

Martin Brenner,

zur Wahl in den Stadtrat von Weinfelden.

Dominique Bornhauser, Simon Engeli und Robin Goldinger,

zum Nachrücken in die Stadtparlamente von Weinfelden und Frauenfeld.

Markus Hirzel,

zur Wahl in den Fischinger Gemeinderat.

Anders Stokholm,

zur Wahl als Präsident des Schweizerischen Städteverbandes.

Hans Weber,

zum Ehrenpräsidenten der Stiftung Schulmuseum.

Thomas Krois,

zur Wahl als Ortsparteipräsident von Uttwil.

Brigitte Kaufmann,

zur Präsidentin der Berufsfachschulkommission.

Die FDP Thurgau gratuliert allen zu ihren Schritten und wünscht ihnen gutes Gelingen und viel Erfolg in der neuen Funktion.



Regierungsrat Walter Schönholzer, GfK-Mitglied Kristiane Vietze und Parteipräsident Gabriel Macedo würdigen René Bock (2. Von rechts) für seine grossen Verdienste als TKB-Bankratspräsident!

FDP lanciert Petition:

«Mehr Schweizer Wasserkraft für die Versorgungssicherheit im Winter!»

Es gibt momentan 677 Wasserkraftwerke in der Schweiz, mit rund 60 Prozent leisten sie den grössten Beitrag zugunsten der Schweizer Stromversorgung. Aufgrund des wachsenden Stromverbrauches und der bereits jetzt absehbaren Stromlücke in den kommenden Jahrzehnten hat der Runde Tisch Wasserkraft 15 Projekte identifiziert, die entweder neu gebaut oder deren Kapazität lohnend ausgebaut werden könnten. Aufgrund der hohen Dringlichkeit und dem schleppenden Fortschritt fordert die FDP TG zusammen mit anderen Kantonalparteien (Federführung FDP ZH) die sofortige Umsetzung dieser 15 Wasserkraftwerk-Projekte über eine gemeinsame Petition. www.fdp-tg.ch

Jungfreisinnige

Neue Vorstandsmitglieder

An der Mitgliederversammlung im Restaurant Eigenhof in Weinfelden haben die Jungfreisinnigen Thurgau neben den üblichen Parolen auch einen neuen Vorstand gewählt. Neu in den Vorstand gewählt wurden Aurel Keller (Ermatingen), Joel Beck (Weinfelden) und Leo Marti (Müllheim). Durch den Rücktritt des langjährigen und sehr engagierten Co-Präsidenten Ramon Weber (Wängi) wurde Enrique Castelar (Aadorf) zum neuen Präsidenten der Jungfreisinnigen Thurgau gewählt. Ramon Weber wird als neuer Geschäftsführer der FDP SG den Freisinn weiterhin stärken und vorantreiben. Ebenfalls aus dem Vorstand zurückgetreten ist Céline Scherrer (Pfy). Sie wird weiterhin als Delegierte für die Jungfreisinnige TG eintreten. Der Vorstand konstituiert sich in den kommenden Wochen und richtet sich mit einer neuen Strategie und frischem Wind auf die nationalen und kantonalen Wahlen aus.

AHV21 ein Meilenstein

Einstimmig unterstützen die Jungfreisinnigen Thurgau die Vorlage AHV21 und die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Für den liberalen Nachwuchs ist diese dringende Reform nach 25 Jahren Reformblockade ein Meilenstein. Mit der Angleichung der Rentenalter wird ein in der Vergangenheit geschaffener Missstand in der AHV behoben. Zähneknirschend unterstützen die Jungfreisinnigen Thurgau ebenfalls die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0.4 %. Nur diese Erhöhung ermöglicht ein generationenübergreifendes Tragen der Sanierungskosten der AHV. Ohne Rentenkürzungen oder Beitragserhöhungen kann mit dieser Vorlage dringend benötigte Zeit für unser wichtigstes Sozialwerk gewonnen werden. Die bestehende Altersstruktur in der Gesellschaft wird bei einer Ablehnung der Vorlage zu einem jährlichen Umlageverlust von CHF 4 726 Millionen Franken führen (Finanzperspektive der AHV, BSV). Mit der AHV21 kann der Umlageverlust halbiert werden. Dieser erste Meilenstein auf dem langen Weg zur Sanierung der AHV verdient das Engagement und den Einsatz jedes Parteimitglieds. Nur eine Kopplung des Referenzalters an die Lebenserwartung wird die AHV langfristig sichern. Mit der Renteninitiative setzen sich die Jungfreisinnigen für dieses Anliegen weiterhin ein.

Enrique Castelar, Präsident Jungfreisinnige Thurgau



«Die Reform erreicht, was es braucht»

Arbeitgeberverband stellt sich hinter die AHV 21

Als Ressortleiter Sozialpolitik und Sozialversicherungen beim Schweizerischen Arbeitgeberverband ist Lukas Müller-Brunner ausgewiesener Experte für die Altersvorsorge. Im Interview spricht er über die Notwendigkeit der AHV-21-Reform und darüber, weshalb die Frauen davon profitieren.

Herr Müller-Brunner, wie geht es der AHV heute?

Nicht wirklich gut, bei einem menschlichen Patienten würde man wohl von einem kritischen Zustand sprechen. Ein guter Indikator, um die finanzielle Gesundheit der AHV zu messen, ist das sogenannte Umlageergebnis. Damit wird gemessen, welcher Teil der laufenden Rentenausgaben durch jährliche Einnahmen gedeckt ist. Von 2014 bis 2020 war dieses Ergebnis negativ, mit zunehmender Tendenz. Seither kann sich die AHV finanziell über Wasser halten – dies aber nur, weil seit Anfang 2020 jährlich 2 Milliarden Franken zusätzlich in das Sozialwerk gepumpt werden (STAF-Vorlage). Eine Bluttransfusion, ohne die eigentliche Blutung zu beheben, quasi.

Am 25. September stimmen wir über die Reform AHV 21 ab. Wie beurteilen Sie die Vorlage aus Sicht des Arbeitgeberverbandes? Es ist ein guter Kompromiss. Die Arbeitgeber haben sich stets dafür ausgesprochen, dass die AHV von einer reinen Finanzspritze wekommt. Das heisst, es braucht strukturelle und finanzielle Massnahmen. Mit der Flexibilisierung des Rentenalters, der Angleichung des Referenzalters für Frauen und den Zusatzeinnahmen durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer ist das gelungen. Entsprechend stehen wir hinter der Vorlage und unterstützen sie, wie übrigens auch die anderen beiden Dachverbände Economiesuisse und Gewerbeverband.

Die letzte grosse AHV-Reform gelang vor 25 Jahren. Was braucht es, dass die AHV 21 erfolgreich ist?

Am wichtigsten scheint mir das Bewusstsein der Bevölkerung für die Notwendigkeit dieser Vorlage. In den letzten 25 Jahren ist man ohne Reform durchgekommen, was von den Gegnern ja auch immer gerne ins Feld geführt wird. Nur müssen wir uns vor Augen halten: Wir haben wirtschaftlich eine unglaublich gute Zeit erlebt, mit schönen Wachstumsraten und einer hohen Zuwanderung. All das hat die AHV zusammen mit der Zusatzfinanzierung über Wasser gehalten. Sobald diese Entwicklung aber nachlässt – und die Zeichen stehen im Moment nicht sonderlich positiv –, brechen die Zahlen der AHV ein wie ein Kartenhaus. Wir müssen der Bevölkerung also klarmachen: Ein Nein heisst, dass wir ohne Lösung dastehen.

Kann die AHV 21 die erste Säule stabilisieren?

Kurzfristig ja. Durch die Kombination aus strukturellen und finanziellen Massnahmen verstärken sich die einzelnen Elemente gegenseitig, was für die AHV-Finzen stabilisierend wirkt. Darüber hinaus sind wir uns aber einig: Die erste Säule hat durch die steigende Lebenserwartung und die demografische Entwicklung ein langfristiges Problem, das sich entsprechend auch nur langfristig beheben lässt. Die aktuelle Reformvorlage ist daher ein erster wichtiger Zwischenschritt, den es

dringend braucht. Im Anschluss müssen wir aber einen Reformrhythmus etablieren, um auf Veränderungen von aussen reagieren zu können. Entsprechend hat das Parlament den Bundesrat beauftragt, bis Ende 2026 erneut eine Vorlage aufzulegen.

Reformgegner rücken eine scheinbare Benachteiligung der Frauen ins Zentrum. Ist das gerechtfertigt?

Auf keinen Fall! Die Linken sind in ihren ideologischen Mustern derart verfangen, dass sie die Realität aus den Augen verloren haben: Die Reform hilft genau denjenigen Frauen am meisten, für die sich die Gegner sonst gerne starkmachen. Zwei Beispiele: Wenn jemand Beitragslücken hat, zum Beispiel wegen eines Erwerbsunterbuchs, ist das im heutigen System unwiederbringlich verloren. Mit der AHV-Reform hingegen kann man verlorene Beitragsjahre nachholen und so eine lebenslange Rentenkürzung vermeiden. Zweites Beispiel: Innerhalb der neun Jahrgänge der Übergangsgeneration hat jede Frau die Wahl: Sie kann entweder länger arbeiten und erhält einen lebenslangen Rentenzuschlag von bis zu 1920 Franken pro Jahr, oder sie kann sich mit massiv tieferen Kürzungssätzen als bisher weiterhin im Alter 64 pensionieren lassen. Damit haben wir eine Reform, die erreicht, was es braucht: zielgerichtete Zusatzmassnahmen für die tatsächlich Betroffenen statt Rentenerhöhungen für alle nach dem Giesskannenprinzip.

Als Verbandsexperte haben Sie eine Aussensicht auf die Politik. Ist der Handlungsbedarf bei den Sozialversicherungen genügend erkannt?

Ich denke nicht, dass es am Erkennen des Handlungsbedarfs mangelt, sondern an den daraus abgeleiteten Konsequenzen. Eigentlich sind sich alle einig, dass es Lösungen braucht. Sobald man aber konkret wird, geht der Streit los. Vielleicht ist das ein Grunddilemma: Wenn wir den Generationen nach uns kein Desaster hinterlassen wollen, müssen wir heute Massnahmen ergreifen, die stellenweise schmerzen, und eben nicht nur darüber diskutieren. Für die Altersvorsorge bietet die AHV-Reform eine gute Chance.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft der Schweizer Altersvorsorge?

Im Kern haben wir bei der Altersvorsorge ein abstruses Problem: Die Welt entwickelt sich weiter, die Lebenserwartung steigt, die Arbeitsmodelle verändern sich. Die Vorsorge aber bleibt in ihrem gesetzlichen Korsett verhaftet. Das ist, als würde man die Schwerkraft per Gesetz verbieten wollen, es funktioniert einfach nicht! Ich würde mir daher wünschen, dass man Mittel und Wege findet, um aus dem ewigen Reformstau zu entfliehen.

Interview: Marco Wölfli



AHV jetzt für die nächsten Jahre sichern

Ja zur AHV 21

Am 25. September stimmen wir über die Revision der AHV ab. Wir müssen jetzt handeln, wenn wir unser wichtigstes Sozialwerk nicht an die Wand fahren wollen.

In den nächsten Jahren schreibt die AHV rote Zahlen. Die Gründe sind offensichtlich: Wir leben beinahe zehn Jahre länger als bei Einführung der AHV und beziehen entsprechend länger eine Rente. Das braucht – ganz banal – mehr finanzielle Mittel, wenn man die Renten nicht kürzen will. Das Verhältnis von denjenigen, die in die AHV einzahlen – den Erwerbstätigen –, zu denjenigen, die eine Rente beziehen, verschlechtert sich zudem laufend. 1948 kamen auf einen Rentner noch sechseinhalb Erwerbstätige, heute sind es noch gut drei. Die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben wird deshalb bereits 2025 ins Negative kippen. Und ab 2032 klafft im AHV-Topf eine Lücke von 18,5 Mrd Franken. Kurz gesagt: Wenn wir nichts tun, dann fehlt dieser Betrag, um laufende Renten auszubezahlen.

AHV 21 bringt Ausgleich bis 2030

Mit der AHV 21, der vom Parlament mit einer Mehrheit von SVP bis glp beschlossenen Reform, soll die AHV zumindest bis 2030 im Gleichgewicht gehalten werden. Sie sieht Massnahmen sowohl auf der Finanzierungs- als auch auf der Leistungsseite vor: Die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozentpunkte und die etappenweise Angleichung des Rentenalters der Frauen an jenes der Männer. Zudem wird die vollständige Flexibilisierung beim Bezug der AHV eingefügt.

Diese Lösung ist fair und ausgewogen. Durch die Finanzierung über die Mehrwertsteuer tragen

alle Altersgruppen zur Stärkung der AHV bei, auch die Rentnerinnen und Rentner. Man verzichtet somit darauf, die Lohnabzüge zusätzlich zu erhöhen, was angesichts der steigenden Teuerung, aber auch um eine Schwächung unseres Wirtschaftsstandorts zu verhindern, richtig ist.

Gleiches Rentenalter für Mann und Frau

Auch die Angleichung des Rentenalters der Frauen an jenes der Männer ist nötig und schon länger an-

gezeigt. Dies sowohl aus sachlichen Gründen als auch aus Gründen der Gleichstellung. Frauen leben im Durchschnitt vier Jahre länger als Männer und beziehen entsprechend länger eine Rente. Es gibt bei der AHV auch keinen sogenannten «gender pension gap», eine Rentenlücke, die durch das Geschlecht erklärbar wäre. AHV-Renten von Männern und Frauen sind dank der bei der zehnten AHV-Revision eingeführten Massnahmen nicht unterschiedlich hoch. Und schliesslich geht es nicht an, gleiche Rechte für Mann und Frau zu fordern, bei den Pflichten aber nach wie vor auf Privilegien zu pochen.

Fairer Ausgleich

Das Parlament hat aber erkannt, dass die Rentenaltererhöhung für Frauen, die kurz vor der Pensionierung stehen, ein einschneidender Eingriff in ihre persönliche Lebensgestaltung ist. Es hat deshalb Ausgleichsmassnahmen für eine Dauer von neun Jahren beschlossen: Frauen mit sehr tiefen Löhnen werden sogar zu gleichen oder sehr privilegierten Konditionen ihre Rente vorbezahlen und nach wie vor mit 64 in Pension gehen können. Arbeiten sie bis zum Alter 65, erhalten sie einen Zuschlag und damit eine höhere Rente. Die Lösung ist also sozial austariert.

Die letzte AHV-Revision fand 1997 statt, seither sind alle Reformvorhaben gescheitert. Es ist dringend nötig, dass wir heute Verantwortung übernehmen und die Lösung des Problems nicht auf die nächste Generation abschieben. Die AHV 21 ist ausgewogen und zielführend. Ich stimme deshalb mit Überzeugung Ja. Übrigens zweimal Ja: zur Erhöhung der Mehrwertsteuer und zu den nötigen Gesetzesanpassungen.

Regine Sauter
Nationalrätin ZH



Quelle: Bundesamt für Sozialversicherungen



Für eine langfristig sichere Schweiz

Sicherheitspolitische Forderungen der FDP

Die Schweizer Armee muss sich wieder stärker auf den Kernauftrag ausrichten. Foto: VBS/Philipp Schmidli

Bevölkerungs- und Zivilschutz

Dem Zivil- und dem Bevölkerungsschutz kommt eine besondere Rolle beim Schutz der Schweizer Bevölkerung vor Gefahren bzw. deren Bewältigung zu. Um diese Rolle pflichtgemäss ausführen zu können, müssen die personellen und finanziellen Ressourcen sichergestellt und gezielter auf den Kernauftrag ausgerichtet werden. Den beiden Organisationen müssen die technischen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um im Krisenfall die Bevölkerung bedarfsgerecht informieren zu können.

Technologie und Cybersicherheit

Der Schutz vor Cyberrisiken ist von strategischer Bedeutung und gezielt zu verstärken. Die FDP fordert eine fokussierte neue Cyberstrategie sowie eine zweckmässige Organisation der Mittel in einem Bundesamt. Der Bund ist in der Verantwortung, dafür zu sorgen, dass seine eigenen zivilen Systeme vor Cyberangriffen geschützt sind. Die Cyberbedrohung hat einem vierten Möglichkeitsraum (Wasser, Land, Luft und Cyberraum) geschaffen, den es im Konfliktfall zu verteidigen gilt.

Versorgungssicherheit

Aufgrund der aktuellen Krisen und zugunsten einer besseren Vorbereitung muss überprüft werden, ob alle für die Bevölkerung und die Wirtschaft relevanten Ressourcen gelagert werden und ob die vorgegebenen Kapazitäten ausreichen. Denn in Krisenzeiten kann die Versorgungskette von kritischen Gütern und Dienstleistungen schnell unterbrochen werden. Der Staat muss ideale Handelsbeziehungen aufbauen, um bei der Versorgung mit kritischen Gütern nicht nur von einem Handelspartner angewiesen zu sein.

Russlands Aggressionspolitik bedroht Europa und das Fundament unserer demokratischen, rechtsstaatlichen und völkerrechtlichen Werte. Für die FDP ist klar: Die Schweizer Sicherheitspolitik muss der Realität angepasst werden und wieder den Schutz der Bevölkerung in den Vordergrund stellen. So muss sich die Verteidigungspolitik auf den militärischen Kernauftrag fokussieren. Das Fähigkeitsbündel und der Eigenleistungsanteil müssen deutlich erhöht, die Resilienz der Versorgung sichergestellt sowie die Verteidigungskooperation verstärkt werden. Der Spielraum der Neutralität soll hierbei genutzt werden.

Verteidigungspolitik

Um optimal auf neue Bedrohungen vorbereitet zu sein, muss das Denken in Szenarien in der Planung Einzug finden. Damit einhergehend braucht es die Evaluation der Leistungsfähigkeit unserer nachrichtendienstlichen Kapazitäten. Denn frühzeitige Informationen von Seiten des Nachrichtendienstes sind unabdingbar, um dynamische Situationen richtig einzuschätzen. Um in Krisenlagen handlungsfähig zu sein, ist das Armeebudget auf 7 Milliarden Franken und der personelle Sollbestand auf 120 000 Angehörige der Armee zu erhöhen. Ebenfalls ist die Igelmentalität, in welcher sich die Schweiz autonom schützt, veraltet und realitätsfremd. Die Schweiz muss enger mit der Nato kooperieren.

Internationales Engagement

Das Schweizer Neutralitätsverständnis basiert auf den Pfeilern Neutralitätsrecht und Neutralitätspolitik. Das Neutralitätsrecht besagt, dass die Schweiz nicht an einem Krieg teilnimmt, ihr Staatsgebiet zu schützen hat und Kriegsparteien gleich zu behandeln sind. Die Umsetzung der oben stehenden Pflichten, die Neutralitätspolitik, lässt mehr Interpretationsspielraum zu: So müssen wir den Spielraum nutzen, um im Verbund der demokratischen Länder agieren zu können. Dies durch ein flexibles und modernes Verständnis der Neutralität, dessen rechtlicher Kern aber erhalten bleibt. Bei eklatanten Verletzungen des Völkerrechts, der Souveränität und der territorialen Integrität eines Landes muss die Schweiz klar Position beziehen und Sanktionen der UNO, der OSZE sowie ihrer wichtigsten Handelspartner solidarisch mittragen. Die Schweiz hat viel Erfahrung und Glaubwürdigkeit in der Mediation, den Guten Diensten und allgemein in der Friedensförderung. Das internationale Genf spielt hierbei eine wichtige Rolle. Dieses Engagement ist weiterzuführen und zu intensivieren.

QR-Code scannen und das ganze Forderungspapier lesen.





«Hart, aber fair»

Forderungen der FDP in der Migrationspolitik

Die Migrationspolitik rückte zuletzt in den Fokus. Mit einem aktualisierten Forderungspapier unter dem bewährten Leitmotiv «Hart, aber fair» steht die FDP für einen konsequenteren Vollzug des Asylgesetzes sowie eine unbürokratische Personenfreizügigkeit mit der EU ein.

Die aktuelle Migrationspolitik wird neben den bereits bestehenden Herausforderungen zusätzlich durch unvorhersehbare Krisen wie den Krieg in der Ukraine geprägt. Die FDP steht vor diesem Hintergrund weiterhin konsequent für eine harte, aber faire Migrationspolitik ein, die der langjährigen humanitären Tradition der Schweiz gerecht wird. Die Schweiz soll im Asylbereich nur denjenigen Schutz gewähren, denen im Sinne der Asylgesetzgebung und der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 auch Schutz zusteht. Für den Arbeitsmarkt und die Unternehmen in der Schweiz ist der Erhalt der Personenfreizügigkeit mit den EU- und den EFTA-Staaten und daraus folgend eine stabile Beziehung mit der EU essenziell. Wichtiger Bestandteil davon ist die unkomplizierte Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit innerhalb Europas. Aufgrund des anhaltenden Fachkräftemangels ist es zudem wichtiger denn je, dass die Schweiz mittels der optimalen Ausschöpfung der Drittstaatenkontingente auch in Zukunft auf hochqualifizierte Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Staaten zählen kann.

Asylbereich

Vollzug verbessern und den Rückkehrbereich fördern

Asylsuchende, die nur infolge wirtschaftlicher Gründe auf der Flucht sind, sollen keinen Schutz in der Schweiz erhalten. Als Begleitmassnahme soll die Anzahl der «Safe Countries» und die Anpassung der Kriterien für die Definition eines Safe Country regelmässig überprüft werden. Resettlement-Programme sollen nur bei möglichen Kapazitäten in der Schweiz bewilligt werden. Bezüglich des Schutzstatus S sind die Lehren aus dem Krieg in der Ukraine zu ziehen. Den Schutzbedürftigen soll nach wie vor rasch Schutz geboten werden. Jegliche Fehlanreize gilt es zu beseitigen, und der Schutzstatus soll seinem Wesen gemäss Rückkehrorientiertheit ausgestaltet werden. Zudem fordert die FDP eine engere Zusammenarbeit mit der EU im Bereich der Rücknahmeabkommen. Die Förderung der freiwilligen Rückkehr muss vorangetrieben werden. Das fordert auch, die Zusammenarbeit mit Frontex zu verstärken (z.B. Nutzung der organisierten Rückflüge) und Sanktionen für nicht kooperative Herkunftsländer konsequent zu vollziehen.

Drittstaaten

Familiennachzug begrenzen und Integrationsanforderungen stärken

Das bestehende Kontingentsystem muss reformiert bzw. modernisiert werden, damit auf die Bedürfnisse der Schweizer Wirtschaft und spezifisch der Jungunternehmen besser eingegangen wird. Dafür fordert die FDP mittels Zulassungserleichterungen für Drittstaatsangehörige mit Schweizer Hochschulabschluss bedarfsorientierte und Start-upfreundliche Lösungen in der Praxis. Zudem muss die Einwanderung in die Sozialsysteme verhindert werden. Ziel ist die reibungslose Integration für Drittstaatsangehörige, welche den Erwerb einer Landessprache und die Einbindung in den hiesigen Arbeitsmarkt bedingt. Auch der kostspielige Familiennachzug darf weiterhin nur unter strengen Bedingungen gewährt werden und insbesondere nur bei Abschluss von strikten Integrationsvereinbarungen.

EU/EFTA

Bilaterale sichern und Missbräuche bekämpfen

Die Schweiz braucht eine unbürokratische Personenfreizügigkeit mit der EU. Umso wichtiger sind der Erhalt und die Weiterentwicklung der institutionellen Beziehungen, die den Grundstein für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft legen. Genauso wichtig ist das Dublin-Abkommen. Asylsuchende, die bereits in einem anderen Dublin-Staat ein Asylgesuch gestellt haben, müssen konsequent zurückgeführt werden, damit unser Asylsystem nicht überfordert wird. Die Schweiz trägt ihrerseits zur Sicherung der EU-Aussengrenzen und zur Entwicklung eines fairen Verteilschlüssels in den Dublin-Staaten bei.

QR-Code scannen und das ganze Forderungspapier lesen.



Tag der FDP

Gemeinsam feiern wir am 22. Oktober in Burgdorf



**Melden Sie
sich jetzt an!**

fdp.ch/agenda/tag-der-fdp

FDP
Die Liberalen

Damian Meier will Kaspar Michel im Schwyzer Regierungsrat beerben.



Damian Meier mit seiner Familie.



Als Regierungsratskandidat bei einer Standaktion auf dem Hauptplatz in Schwyz.

Die FDP Schwyz will mit Polizeikommandant Damian Meier den Regierungsratssitz des zurückgetretenen Kaspar Michel verteidigen. Neben einer guten Vereinbarkeit von Beruf und Familie will sich Meier insbesondere für mehr Arbeitsplätze im Kanton einsetzen.

Am 25. September sind im Kanton Schwyz ausserordentliche Wahlen angesagt: Weil mit Kaspar Michel (FDP) und Andreas Barraud (SVP) per Ende 2022 gleich zwei Mitglieder aus der Schwyzer Regierung austreten, wird die Bevölkerung an die Urne gebeten. Die FDP Kanton Schwyz schickt mit Damian Meier einen Topkandidaten ins Rennen. Ein Spaziergang wird die Wahl für ihn deshalb aber nicht. Schon früh hat sich nämlich eine Kampfwahl abgezeichnet. Die Linke will ihren einst verlorenen Sitz zurückerobern. Ausserdem macht neu auch die GLP einen Sitzanspruch geltend. Und schliesslich haben nebst einem SVP-Kandidaten auch noch zwei Parteilose auf dem Kandidatenkarussell Platz genommen.

Polizeikommandant und Familienmensch

Wer aber ist dieser Damian Meier, den die Schwyzer Freisinnigen ins Rennen schicken? Ursprünglich aus dem Kanton Luzern stammend, zog Meier mit seiner Frau und den zwei Töchtern vor acht Jahren in den Hauptort Schwyz. Hier kamen zwei

weitere Mädchen zur Welt. «Wir fühlen uns sehr wohl im Kanton Schwyz und haben Land und Leute so richtig in unsere Herzen geschlossen», sagt Meier. In seiner Funktion als Kommandant der Kantonspolizei Schwyz sorgt er mit seinem 330-köpfigen Korps seit acht Jahren für die Sicherheit der Bevölkerung. Seinen Beruf übt Meier mit Herzblut aus – trotzdem verspürt er den Wunsch, den Kanton Schwyz noch stärker gestalten zu können. Das Amt in der kantonalen Exekutive böte die perfekte Gelegenheit dazu. Dass der 48-Jährige die ideale Besetzung für das Regierungsgremium ist, daran lässt der Parteivorstand keinen Zweifel offen. «Damian Meier erfüllt alle Voraussetzungen für dieses anspruchsvolle Amt», sagt Parteipräsident Urs Rhyner. «Er verfügt über eine lange politische Erfahrung und ist durch und durch liberal. Freiheit ist ihm ein zentrales Anliegen.»

Mehr Arbeitsplätze für Schwyz

Privat steht bei Damian Meier die Familie an erster Stelle. Das Thema Familie prägt denn auch

seine politische Agenda. «Als Ehemann und vierfacher Vater weiss ich um die Herausforderungen, mit denen sich Familien im Kanton Schwyz konfrontiert sehen», sagt er. Er spricht sich deshalb für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, für eine gute Volksschule und für sichere Schulwege aus. «Wir müssen zudem Sorge zur Umwelt tragen, damit die nächsten Generationen unsere wunderbare Landschaft ebenso geniessen können wie wir», so Meier weiter. Ihm lägen aber auch die Arbeitsplätze im Kanton am Herzen. Der negativen Pendlerbilanz sei konsequent der Kampf anzusagen. «Wir müssen Gewerbe und Unternehmungen weiter entlasten, sie weniger regulieren und die unternehmerische Freiheit in den Vordergrund stellen.» Weniger bürokratische Hürden begünstigten die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen im Kanton Schwyz.

Zu guter Letzt will sich Meier auch für einen verantwortungsvollen Umgang mit den Steuergeldern einsetzen. «Der Staat soll nicht Geld auf der hohen Kante haben, sondern seine aktuellen Überschüsse sinnvoll und zugunsten einer Steigerung der Lebensqualität einsetzen oder aber sie den Steuerzahlern via weitere Steuersenkungen zurückgeben», ist er überzeugt.

FDP. Die Liberalen Kanton Schwyz

Blick über die Altstadt und den See – Sinnbild für die Zuger Lebensqualität. Foto: Zug Tourismus



(Noch) mehr Lebensqualität für Zug

FDP ist bereit für den grossen Wahltag

Am 2. Oktober finden in Zug kantonale und kommunale Wahlen statt. Die FDP tritt mit motivierten Kandidierenden an und Kantonalparteipräsident Cédric Schmid zeigt sich zuversichtlich, was den Wahlausgang angeht.

Rankings, die die Lebensqualität von Städten und Regionen messen, gibt es viele. Was sie gemein haben, ist, dass Stadt und Kanton Zug fast immer einen Spitzenplatz belegen. Der kleine Inner-schweizer Kanton punktet nicht nur mit seiner Wirtschaftskraft, sondern auch mit idyllischer Landschaft und hervorragender Infrastruktur. Die FDP Zug will, dass diese hohe Lebensqualität den Kanton auch in Zukunft auszeichnet, und stellt Lebensqualität ins Zentrum des Wahlkampfes. «Die FDP ist verantwortlich, dass die Lebensqualität in Zug so hoch ist, und wir versprechen, sie auch weiterhin hochzuhalten», sagt Cédric Schmid, Präsident der FDP Kanton Zug. Die vielen KMU, die guten Bildungsinstitutionen und die bürgerfreundliche Verwaltung seien ausschlaggebend für die Lebensqualität in Zug.

Persönlicher Wahlkampf der Kandidierenden

Am 2. Oktober erwartet die Zugerinnen und Zuger ein grosser Wahltag. Neben Kantonsrat und Regierung werden auch in den Gemeinden neue Stadt- und Gemeinderäte gewählt. Cédric Schmid freut sich, dass die FDP im Kanton Zug mit vollen Listen antreten kann: «Wir wollen Kandidierende, die sich stark engagieren, das ist uns gelungen.» Für

den Präsidenten der Kantonalpartei ist es wichtig, dass die Kandidierenden einen persönlichen Wahlkampf führen. «Die Kandidatinnen und Kandidaten sollen ihre Stärken und persönlichen Qualitäten in den Vordergrund stellen. Wir wollen keine Schauspieler», betont Schmid. Die FDP Zug verbindet ihre Kernaussage «Lebensqualität» mit Freiheit, Gemeinsinn, Fortschritt und Eigenverantwortung. Darunter fallen Forderungen wie zeitgemässe Arbeitsstrukturen, eine wirksame Klima- und Energiepolitik oder eine Stärkung des Arbeitsplatzes Zug. Auch Digitalisierungsthemen spielen in Zug eine grosse Rolle und die FDP sieht sich als Vorreiterin. Schmid sieht insbesondere grosses Potenzial bei Blockchain-Technologien: «Die FDP setzt sich für Zug als Blockchain-Standort ein, da es bereits heute viele Akteure in diesem Bereich gibt und sich künftig noch mehr Möglichkeiten bieten.»

Bekommt Zug die erste Stadtpräsidentin?

Bei den Regierungsratswahlen treten die bisherigen freisinnigen Regierungsräte Andreas Hostettler und Florian Weber wieder an. Das sei ein Glücksfall für Zug und die FDP, so Schmid. «Andreas Hostettler hat mit seiner Ukraine-Politik und



Cédric Schmid, Präsident FDP Zug.

der schnellen Aufnahme der ankommenden Flüchtlinge grosses Herz gezeigt. Florian Weber macht einen guten Job beim Ausbau der Infrastrukturen für Verkehr, Gebäude und Energieversorgung. Ihm haben wir zudem zu verdanken, dass es in Zug trotz vielen Pendlern wenig Stau gibt.» Bei den Kantonsratswahlen tritt die FDP mit 48 Kandidierenden an und möchte die heutige Sitzzahl von 16 auf 19 Mandate erhöhen. Schmid zeigt sich optimistisch, dass sogar mehr drin liegt. Ein Ziel sei es, je nach Zählweise zur stärksten Kraft im Kanton aufzusteigen. Ein besonderes Augenmerk liegt auch auf den Wahlen in der Stadt Zug. Dort möchte Eliane Birchmeier die erste Stadtpräsidentin in der Geschichte der Kantonshauptstadt werden. Mit dem breiten Kandidatenfeld und einem schlagkräftigen Wahlkampfteam ist die FDP Zug gut aufgestellt, die Lebensqualität in Zug weiterhin hochzuhalten.

Marco Wölfli

Von einem Ja zur Verrechnungssteuerreform profitiert auch die öffentliche Hand. Foto: iStock/marchmeena29

«Für einen starken Standort Schweiz»

Ja zur Verrechnungssteuerreform

Mit der Reform der Verrechnungssteuer können Finanzierungsaktivitäten und Arbeitsplätze in die Schweiz zurückgeholt sowie die Steuereinnahmen erhöht werden. Grund genug für ein Ja am 25. September.

Das Volumen an inländischen Anleihen ist rückläufig und das ist ein hausgemachtes Schweizer Problem. Uns entgehen wichtige Einnahmen, Arbeitsplätze und Umsätze. In den vergangenen zwölf Jahren ist dieses Geschäft um mehr als die Hälfte geschrumpft – während es in anderen Ländern wächst.

Grund dafür ist die Verrechnungssteuer auf Obligationen. Konkurrierende Wirtschaftsstandorte kannten noch nie eine solche Steuer. Ein Beispiel hierfür ist Luxemburg. Im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt gibt Luxemburg 190-mal mehr Anleihen heraus als die Schweiz. Den Schaden trägt die Schweiz, welcher nicht nur Wertschöpfung verloren geht, sondern auch Steuereinnahmen.

Wertschöpfung in vielen Bereichen

Bundesrat und Parlament wollen diese Benachteiligung der Schweiz nicht mehr länger hinnehmen und ihre Einnahmen verbessern und die Wertschöpfung in der Schweiz haben. Ihre Lösung ist denkbar einfach: Die Schweiz schafft die Verrechnungssteuer auf Obligationen ab. Damit schafft sie sich gleich lange Spiesse im internationalen Wett-

bewerb. Die Reform der Verrechnungssteuer ist dabei chirurgisch gezielt austariert. Sie beschränkt sich nämlich auf neue Anleihen. Das erlaubt es, Steuerausfälle bestehender Anleihen in Grenzen zu halten. Gleichzeitig führt die Reform zu Mehreinnahmen, weil neue Volumina entstehen. Der Bund rechnet schon nach fünf Jahren mit einer Zunahme an Steuereinnahmen von 350 Millionen Franken pro Jahr. Unter dem Strich bringt die Reform also mehr Wertschöpfung und mehr Steuereinnahmen. Davon profitieren alle. Ein belebter Kapitalmarkt kommt nämlich allen zugute. Bund und Kantone können günstiges Geld aufnehmen und profitieren also gleich doppelt. Sie nehmen mehr Steuern ein und können sich Zinskosten sparen. Aber auch Spitäler, ÖV-Betriebe und Energieunternehmen können dank der Reform ihre Finanzierungskosten senken. Dies ermöglicht auch dem Service public günstigere Investitionen.

Reform bringt Mehreinnahmen

Die Linke hat jedoch unverständlicherweise das Referendum gegen die Reform ergriffen. Sie argumentiert dabei mit temporären Ausfällen und lässt

die Mehreinnahmen an Steuern ausser Acht. Das ist unehrlich. Das Festhalten an der Verrechnungssteuer erhält den Nachteil für die Schweiz und wird ebenfalls zu sinkenden Einnahmen führen, denn die inländischen Anleihen werden auf diesem Weg weiter sinken und sinken und mit ihnen auch die Steuererträge.

Die Reform ist gerade jetzt von zentraler Bedeutung. Das internationale Steuerumfeld verschärft sich zusehends. Dabei werden wettbewerbsfähige Staaten wie die Schweiz immer mehr geschwächt, so auch durch die von grossen Industrie- und Schwellenländern durchgesetzte OECD-Mindestbesteuerung. Um die Attraktivität des Schweizer Wirtschaftsstandortes zu gewährleisten, müssen wir deshalb auch aus diesem Grund jetzt selbst verschuldete Steuernachteile abschaffen. Und die Verrechnungssteuer steht hier ganz oben. Die Reform erlaubt es uns, die wettbewerbsliche Standortschwächung durch die OECD-Mindeststeuer teilweise zu kompensieren.

Bei der Abstimmung über die Reform der Verrechnungssteuer am 25. September können wir ein Problem lösen. Wir können uns für mehr Steuereinnahmen und mehr Wettbewerbsfähigkeit aussprechen. Darum sage ich Ja zur Reform der Verrechnungssteuer und ermutige Sie, es mir gleichzutun.

Daniela Schneeberger, Nationalrätin BL

Die Schweiz verfügt bereits heute über die strengsten Tierschutzgesetze.



Tierwohl anders fördern

Nein zur Massentierhaltungsinitiative

Am 25. September kommt mit der Massentierhaltungsinitiative ein weiteres Volksbegehren zur Abstimmung, das sehr extrem ist: Alle tierischen Lebensmittel sollen aus einer Haltung stammen, die mindestens dem Bio-Standard entspricht. Wer das will, kann heute schon entsprechend einkaufen.

Ja natürlich, auch Nutztiere sollen ein gutes Leben haben und nicht leiden müssen. Darin sind wir uns wohl alle einig. Das Schweizer Tierschutzgesetz wurde seit seiner Einführung 1981 stetig weiterentwickelt. Von anfänglich rein quantitativem Tierschutz – also z. B. Mindestfläche pro Kuh – regelt es heute auch die qualitativen Aspekte des Tierwohls. Als einziges Land der Welt begrenzen wir zudem die maximale Anzahl Tiere pro Betrieb bei Hühnern, Schweinen und Kälbern. Die beiden agrarpolitischen Instrumente im Bereich Tierwohl «Besonders tierfreundliche Stallhaltung» und «Regelmässiger Auslauf im Freien» erfreuen sich grosser Beliebtheit. Dank ihnen gibt es zahlreiche Labelprodukte wie den IP Suisse-Käfer, die mit Mehrwert im Bereich Tierwohl punkten. Dazu kommen weitergehende Labels wie Bio Suisse, Demeter oder KAG Freiland, bei denen bei jeder Tierart z. B. auch Auslauf auf einer Weide garantiert ist. Also genau das, was die Massentierhal-

tungsinitiative unter anderem fordert. Bei zahlreichen Lebensmitteln ist zudem die Labelproduktion auf Stufe Landwirtschaft grösser als die Nachfrage dafür.

Auch Importe betroffen

Es macht aus liberaler Sicht keinen Sinn, ein bestehendes Angebot zur Pflicht zu machen und den Konsumentinnen und Konsumenten vorzuschreiben, wie sie einzukaufen haben und was sie essen sollen. Ebenso wenig soll ein privatrechtliches Label als Produktionsvorgabe in der Verfassung verankert werden. Ein weiterer Pferdefuss dieser Initiative ist die Importklausel. So müssten auch importierte tierische Lebensmittel aus Tierhaltungen stammen, die mindestens dem Bio-Suisse-Standard entsprechen. Der Bundesrat kam in seiner Botschaft zum Schluss, dass diese Umsetzung mit unseren internationalen Handelsverpflichtungen nicht vereinbar wäre. Von den sehr aufwendi-

gen und kaum umsetzbaren Kontrollen ganz zu schweigen.

In seinem Gegenvorschlag verzichtete die Regierung deshalb darauf, die Importe miteinzubeziehen. Es ist also anzunehmen, dass die Vorgaben am Schluss nur bei der eigenen Produktion im Inland umgesetzt würden. Wettbewerbstechnisch wäre das für die Schweizer Bauernbetriebe ein grosser Nachteil, weil ihre Produkte ungleich teurer würden. Das Konsum- und Einkaufsverhalten wie auch die Preissensibilität der Bevölkerung ändert sich bei einem Ja zur Massentierhaltungsinitiative nicht automatisch mit. Mehr importierte Lebensmittel aus viel schlechteren Tierhaltungen und mehr Einkaufstourismus wären wohl die Konsequenzen. Davon hat niemand etwas – auch die Tiere nicht.

Da ich gegen eine staatliche Steuerung der Produktion unter Ausschluss jeglicher Marktrealität bin, werde ich bei der Massentierhaltungsinitiative überzeugt ein Nein in die Urne legen. Das Tierwohl können wir alle mit unserem täglichen Einkauf selbstverantwortlich weiterfördern.

Christa Markwalder
Nationalrätin BE

**Valérie wird
nächstes Jahr
18 Jahre alt.**



**Genauso lange warten wir auf die
Erhöhung der Grimsel-Staumauer.**



**Jetzt Petition für
mehr Wasserkraft
unterzeichnen!**

FDP
Die Liberalen



Liberales Rezept für die städtische Wohnbaupolitik

Resolution der FDP Urban

Wohnen in der Stadt ist begehrt. Die Preise für Wohnungen sind entsprechend hoch, Wohnraum ist knapp. Die rot-grünen Rezepte sind gescheitert. Es braucht mehr liberale Lösungen für mehr privates Bauen.

Wohnen in den Städten ist sehr begehrt. Der Boden ist aber begrenzt, und die Preise sind entsprechend hoch. Während die rot-grünen Parteien ausschliesslich auf staatliche und gemeinnützige Bauträger setzen, sind es die Privaten, die weitaus am meisten Wohnungen bauen. Privates Bauen erleichtern und beschleunigen bedeutet somit, dass mehr Menschen Wohnungen mieten und kaufen können.

Mehr Wohnungen, Grünflächen und Lebensqualität

FDP Urban hat in einer neuen Resolution die Herausforderungen der Wohnbaupolitik analysiert. Darauf aufbauend stellen wir neun Forderungen, die in drei Kernbotschaften münden:

1. Umweltbewusst Wohnraum schaffen: Gebäude erhöhen und verdichten, ohne Grün- und Freiflächen zu zerstören
2. Bauen beschleunigen und vereinfachen: kurze Fristen, eine Ansprechstelle für die Bauherren und durchgängig digitale Prozesse
3. Aus Büros Wohnungen machen – und umgekehrt

Verdichten, Höherbauen und optimierte Ausnutzung sind die zentralen Hebel für mehr Wohnraum in den Städten. Die Akzeptanz dafür wächst, wenn die Städte nicht zubetoniert werden, sondern die Lebensqualität erhalten bleibt. Private Investoren schliesslich müssen willkommen sein und optimale Voraussetzungen zum Bauen vorfinden.

Parlamentarieranlass
13. September 2022, ab 18 Uhr in Bern



Die nächste Ausgabe des FDP-Urban-Parlamentarieranlasses widmet sich den Themen der Resolutionen: Wir diskutieren das Wohnen und die Mobilität in der Stadt mit Expertinnen und

Experten sowie liberalen Verantwortungsträgern aus den Schweizer Städten.

Falls Sie Interesse haben, an dieser Abendveranstaltung teilzunehmen, melden Sie sich bitte bei events@fdp-stadtbern.ch.



QR-Code scannen und die ganze Resolution lesen.



Um unseren Forderungen mehr Gewicht zu geben, haben wir eine Petition lanciert.

QR-Code scannen und Petition unterschreiben.

Nächster Halt: Mobilität in der Stadt

Auch die Verkehrspolitik bewegt die Städte. Auch dort braucht es liberale Rezepte, die das ungebrochene Mobilitätsbedürfnis der Menschen in Einklang bringen mit einer pulsierenden und lebenswerten Stadt. Eine weitere Resolution von FDP Urban dazu folgt in Kürze.

Beat Habegger, Präsident FDP Urban
Kathrin Puhani, Geschäftsführerin FDP Kanton Zürich

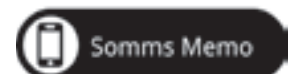
Anzeige



Die Fakten und warum sie wichtig sind.

Somms Memo.
Täglich in Ihrer Mailbox.
Jetzt kostenlos abonnieren.

NEBELSPALTER
www.nebelspalter.ch/sommsmemo



Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



JA

AHV 21



NEIN

Massentierhaltungsinitiative



JA

Reform der Verrechnungssteuer

Mehr Importe statt regionale Lebensmittel?



NEIN zur unnötigen Tierhaltungsinitiative
 tierhaltungsinitiative-nein.ch

KOLUMNE

Freiheit in unsicheren Zeiten



Kürzlich war die Ministerpräsidentin von Estland, Kaja Kallas, Gast in einer Diskussionsrunde. Politikerinnen und Politiker haben engagiert über den «Gender-Wahnsinn» oder die Debatte über Sinn und Unsinn von «kultureller Aneignung» gesprochen. Bis die estnische Ministerpräsidentin das Wort ergriff. Dabei wurde rasch klar: Kallas sah sich im falschen Film.

Sie sagte sinngemäss: Den Wert der Freiheit erkennt man erst, wenn man die Freiheit nicht mehr habe. Als Nachbarland zu Russland sei Estland direkt vom Angriff auf die Ukraine betroffen. Dabei gehe oftmals vergessen, dass die Fläche, welche heute in der Ukraine von russischen Truppen besetzt sei, viermal grösser sei als diejenige der Schweiz. Weiter sei Odessa gleich weit von Tallinn entfernt wie von der Schweiz.

Das hat Eindruck hinterlassen und mich einmal mehr darin bestätigt, dass der Einsatz für die Freiheit nicht irgendwann erledigt sein wird und auch nicht einfach eine Zeiterscheinung sein kann. Der Einsatz für die Freiheit ist essenziell und alternativlos.

Ein Land und dessen Bevölkerung kann sich nur frei fühlen, wenn es sicher ist. Grundlage dafür ist eine starke, unabhängige Armee. Es erstaunt doch sehr, dass während eines Krieges in Europa noch über Sinn und Unsinn einer Stärkung der Schweizer Armee gesprochen wird. Oder dass eine grüne Nationalrätin alle demokratischen Gepflogenheiten aushebeln will, um die vom Souverän legitimierte Beschaffung neuer Kampfflugzeuge aufgrund des Typenentscheids zu verhindern. Dagegen wehren wir uns.

Unser Einsatz für Sicherheit und Freiheit ist wichtiger denn je.

Andri Silberschmidt
 Parteivizepräsident und Nationalrat ZH

FDP

Die Liberalen

**Gemeinsam sichern
wir unsere AHV**

**2x JA zur
AHV 21**

sichereahv.ch

